

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 181 (2015)

Heft: 9

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherheitspolitische Ängste

Das Pew Research Centre aktualisierte seine weltweite Befragung zu den bedeutendsten Ängsten der Menschen in verschiedenen Ländern und Kontinenten. Erstaunliches kommt dabei heraus. Während die Menschen in den meisten OECD-Staaten den Islamischen Staat (IS) als wichtigste Bedrohung ansehen (Ausnahme: Polen, das den

russischen Expansionismus als grösste Gefahr einstuft), ortet die Mehrheit der Entwicklungsländer im Klimawandel die bedeutendste Herausforderung.

Die Angst vor wirtschaftlichen Krisen wird von den Entwicklungsländern konsistent als zweitgrösstes Problemfeld eingestuft. In Russland belegt sie sogar den ersten Platz. Die

Einstufung wird von den meisten europäischen OECD-Staaten in Europa geteilt, nicht aber von Grossbritannien, das den Iran (wie die USA), und Deutschland, das Russland an zweiter Stelle platzieren.

Bei den asiatischen Staaten werden IS oder Klimawandel als wichtigste Gefahr eingestuft, je nach Land. Doch konsistent an zweiter Stelle wird der

chinesische Expansionismus genannt. In Vietnam kommt dieser sogar als erster in der Hitparade geostrategischer Sorgen. Im Übrigen ist die Intensität der Sorgen jeweils verschieden. Brasilien und Indien sind die sorgenintensivsten Länder gefolgt von OECD-Staaten. Die Länder mit dem geringsten Problembewusstsein sind Russland und China.

Vereinigtes Königreich

Royal Air Force im Wandel

Die königliche Luftwaffe verfügt seit Ende Juli 2015 über ihre designierte operationelle Airbus A400M ATLAS-Einheit. Das 70 Squadron mit seinem Motto «Usquam» (lat. Irgendwo) wurde als jenes Geschwader bestimmt, das ab 2022 seine volle Einsatzkraft erlangt. Bisher wurden drei Transportflugzeuge des neuen Typs ausgeliefert, bis September sollen vier weitere folgen. In einer ersten Phase kann das Geschwader damit bis Ende Jahr den strategischen Lufttransport sicherstellen. Die nächste Phase sieht ab 2016 vor, im non-permissiven Umfeld Operationen durchzuführen sowie Unterstützung zwi-



Erster Airbus A400M der RAF auf der Brize Norton Airbase.

Bild: avioners.net

schenden verschiedenen Operationsräumen unter eigener Führung zu leisten. Die dritte Phase beinhaltet ab 2017 die Möglichkeit, in einem Operationsraum, beispielsweise unter Führung eines Joint Force Commanders, auch für die NATO Lufttransporte zu übernehmen. Alsdann wird die taktische Un-

terstützung, inklusive dem Abwurf von (Hilfs-)Gütern erlangt, um letztendlich ab 2018 vollumfänglich der RAF Air Assault Task Force zur Verfügung zu stehen. Bis 2022 ist damit angestrebt, die derzeitige C-130J Herkules-Flotte mit den A400M zu ersetzen. Von den bis März 2015 ins-

gesamt 174 weltweit geordneten Flugzeuge wurden bisher elf ausgeliefert. Gleichzeitig wurde bekannt, dass die RAF davon ausgeht, bis Ende des Jahrzehnts nur mehr über 127 Kampffjets zu verfügen. Weil die Tornado-Flotte (87 Stück) und die erste Tranche der Eurofighter Typhoon (53 Stück) ihre Altersgrenze erreichen, sieht die RAF ihre Fähigkeit zur Auftrags Erfüllung gefährdet. Als klar erscheint, dass mit den Eurofighter Typhoon der neueren Generation sowie den sich immer noch in der Einführung befindenden F-35B STOVL (trägerbasierend) zwar eine höhere Kampfkraft erzielen lässt, jedoch die Möglichkeit gleichzeitig in mehreren Einsatzräumen zu wirken, eingeschränkt wird.

Estland

Unterstützung für das NATO-Zentrum für Cyber-Abwehr

Das NATO Cyber Defence Centre of Excellence (CCDCOE) in Tallin erhält weitere Unterstützung durch die USA. Der US-Verteidigungsminister Ashton Carter erklärte anlässlich seines Besuches beim im Jahre 2008 gegründeten CCDCOE, dass die USA in den drei Hauptbereichen Entwicklung von

Cyber-Abwehr-Strategien, Planung des Schutzes kritischer Infrastruktur und Assessment von Cyber-Sicherheitsdispositiven intensivere Zusammenarbeit anstrebt. Es geht darum, die NATO inklusive ihrer Partner auf die zukünftigen Herausforderungen im Cyber-Bereich vorzubereiten; insbesondere jene aus Russland, so Carter. Der Direktor des CCDCOE, Oberst Artur Suzik (Estland), unterliess es dabei nicht, darauf hinzuweisen,

dass es für hochrangige Entscheidungsträger und militärische Führer heutzutage unerlässlich ist, im Bereich der Cyber-Sicherheit auf dem neusten Stand zu sein. Die gesamte Thematik sei ein inhärenter Teil moderner Kriegsführung und bedarf deshalb zwingend in der operativen Planung berücksichtigt zu werden. Das Cyber-Kompetenzzentrum fokussiert sich derzeit hauptsächlich auf interdisziplinäre Forschung und Entwicklung,

Beratung und Ausbildung in dessen Fachbereich und ist sämtlichen NATO-Mitgliedern und PfP-Nationen zugänglich. Schon länger zurück liegt der Besuch einer Schweizer Delegation aus dem EDA, VBS und EFD im CCDCOE. Nach dem Lauschangriff auf die Irangesprache in Genf wurde nun bekannt gegeben, dass die Schweiz demnächst (nebst Österreich) ein weiteres nicht NATO-Land sein könnte, welches sich am CCDCOE beteiligt.

USA

Personelle Veränderungen auf der Führungsebene

Präsident Barack Obama nominierte am 5. Mai US Marine Corps General Joseph Dunford für den Posten des Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs (Chairman, Joint Chiefs of Staff, JCS). Er soll den amtierenden JCS Chairman, Army General Martin Dempsey, ablösen, der in Pension geht. Zwar Bedarf die Ernennung Dunfords der Bestä-



US Marine Corps General Joseph Dunford. Bild: US Marine Corps

tigung des Senates, doch Widerigkeiten sind keine zu erwarten.

Dunford, der gegenwärtig als Stabschef des Marine Corps dient und zuvor das internationale ISAF-Kommando in Afghanistan führte, wurde von

allen Seiten mit Lob überschüttet. Die republikanische Seite ermahnte ihn indes, der politischen Führung «ehrlichen militärischen Rat» zu erteilen. Das ist eine Pointe gegen den jetzigen Amtsinhaber, der gemäss den Republikanern zu sehr Rücksicht auf die taktischen Spiele der Politik nahm.

Dempsey war beispielsweise der Meinung, ein längeres und grösseres Engagement US-Streitkräfte im Nahen Osten sei nur möglich, wenn es genug politische Einheit zwischen Exekutive und Legislative gäbe. Das wird gemeinhin als eine Absage an starker Präsenz interpretiert; eine Absage unter politischem Vorwand.

Auch das Vizepräsidium des JCS soll vom heutigen Admiral James Winnefeld auf den Air Force General Paul Selva übergeben werden. Selva hat Erfahrung als Kommandant des Transportoberkommandos, als Berater der ehemaligen Außenministerin Hillary Clinton und in der Vermittlung zwischen der israelischen und der palästinensischen Seite.

Damit werden, wie üblich, zwei komplementäre Fähigkeiten aufgestellt. Der Vorsitzende kommt aus der strategischeinsatzführenden Seite und sein Vize bringt verwaltungsinterne und politiknahe Erfahrung mit.

Lateinamerika

Lateinamerikanische Streitkräfte orientieren sich neu

Sicherheitspolitik ist in Lateinamerika wichtig. Gleich zwei Staaten arbeiten an der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Fähigkeiten. Brasilien tut dies in der Rüstung und Kolumbien in der Doktrin.

Brasilien wird vermutlich dem französischen Konzern DCNS den Auftrag für den Retrofit des Flugzeugträgers Sao Paulo geben. Das Schiff soll künftig zwölf Helikopter AF-1/1A beherbergen, die selbst von der nationalen Gesellschaft Embraer modernisiert wurden.

Der Retrofit der Sao Paulo sollte neue 3D-Radare umfassen, aber auch neue Navigationssysteme, elektro-optische

Sensoren und Waffensysteme. Beobachter gehen davon aus, dieser Retrofit sei ein Experiment. Wenn die DCNS zur Zufriedenheit Brasiliens arbeite, werde sie mit dem Ersatz der Sao Paulo, die im Jahre 2028 ausgesondert wird, betraut. Brasilien möchte dann sogar einen zweiten Flugzeugträger beschaffen.

Auch Kolumbien geht sachte an die Neuausrichtung der Verteidigungsstrategie heran. Nachdem der praktische Frieden mit der linken Guerilla doch landesweit eine Normalität ist, werden die Streitkräfte auf ein «post-Konflikt-Szenario» ausgerichtet. Vorerst geschieht dies durch personelle Veränderungen im Kommando der Armee, Marine und Luftwaffe. Änderungen der Doktrin sollen zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.



Flugzeugträger Sao Paulo.

Bild: Rob Schleiffert

Israel

Neugliederung der Spezialkräfte angestrebt

Die Israeli Defense Force (IDF) erhält eine zusätzliche Brigade nach Muster des US Army 75th Ranger Regiment, welche die Sonderoperationskräfte (SOK) des israelischen Heeres zusammenfassen soll. Gleichzeitig sind Bestrebungen im Gange, diese Brigade sowie die Führung sämtlicher Sonderoperationen unter

einem Teilstreitkräfte übergreifenden Sonderoperationskommando (Joint Special Operations Command, JSOC) zusammenzufassen. Auf diese Weise wären die SOK der Luftwaffe, des Heeres, der Marine sowie Grenzpolizei und Geheimdienste unter einer Führung vereint. Diese neue Gliederung würde teilweise in Konkurrenz zum 2011 gebildeten «Depth Command» entstehen. Dieser Stab konsolidiert die

meist autonom agierenden Elitetruppen in einer einzigen Führungsstruktur für Operationen in der Tiefe und rapportiert direkt dem Generalstabschef. Mit den beabsichtigten JSOC-Strukturen entstünde hingegen eine gänzlich neue Komponente innerhalb der IDF. Dabei ist gemäss israelischen Offizieren derzeit nicht klar wie sich die beiden Organisationen abgrenzen werden. In jedem Fall

aber wird der Schritt begrüsst, dass die IDF gewillt ist, mit ihrer regulären Armee sowie den Spezialkräften noch gezielter und schlagkräftiger gegen Terrorismus, Jihadismus und das regionale Chaos vorzugehen. Letztendlich könnten die bestehenden Ressourcen besser im Inland, respektive im grenznahen Gebiet eingesetzt werden. Dies sei die eigentliche Neuausrichtung, so ein ungenannter israelischer



Shayetet 13 (Flotilla 13) beim Training. militaryphotos.net

Stabsoffizier, und weiter: «es gehe nicht darum, wie das Ganze organisiert ist, sondern dass wir alle nun eine konzeptionelle Revolution durchmachen.» Darauf basierend schlägt Generalmajor Nimrod Shefer in die gleiche Kerbe und meint: «...weil es in Zukunft vielleicht weniger

Kräfte geben wird, müssen die israelischen SOK hinsichtlich sämtlicher Bedrohungsszenarien wie eine sehr scharfe Klinge sein». Auf die Frage, wie sich die Spezialeinheiten in Zukunft gliedern werden, meinte Shefer: «Wir wissen es noch nicht. Es könnte beide Varianten geben.»

Russland

Drohgebärden nach Schweden

Vor kurzem hat die schwedische Regierung ihre Ambitionen der NATO beizutreten bekräftigt. Russland droht



Viktor Tatarintsev, russischer Botschafter in Schweden. Bild: Lars Lindqvist, dn.se

Schweden für diesen Fall mit militärischen Gegenmassnahmen. Im Zuge der Beitrittsbemühungen äusserte sich nun auch der russische Botschafter

in Stockholm, Viktor Tatarintsev, mit deutlichen Worten. Obwohl er ausschliesst, dass Schweden derzeit ein direktes Ziel sei, machte er klar, dass jedes Land welches der NATO beitreten wird, sich der damit verbundenen grossen Risiken bewusst sein muss. Und er erklärte mit den Worten Vladimir Putins: «es wird Konsequenzen geben, diese durchzusetzen Russland nur mit militärischen Mitteln in der Lage sein wird.» Russland bleibe aber zusehends zögerlich, dass Schweden dem Nordatlantikpakt

nicht beitreten wird. Denn er glaube nicht, dass dies für das Königreich in nächster Zukunft relevant sein dürfte, so Tatarintsev.

Angola

Zweithöchste Militärausgaben in Afrika

Das südwestafrikanische Land Angola budgetierte 2014 ca. 6,8 Milliarden US-Dollar für seine Streitkräfte. Der Sub-Sahara-Staat wendet in Afrika, nach dem flächenmässig etwa doppelt so grossen Algerien, am meisten für seine Armee auf. Dabei wuchs seit dem Ende des Bürgerkriegs 2002 der Verteidigungshaushalt um fast das Vierfache. Angola, der zweitgrösste Rohöl-Produzent des Kontinents, übernahm in den letzten Jahren eine regionale Führungsrolle und tritt als Vermittler im Friedensprozess im Osten der Demokratischen Republik Kongo auf. Angola ist derzeit nicht-permanentes Mitglied im UN-Sicherheitsrat. Obschon auf

Grund fallender Ölpreise in diesem Jahr die Gesamtausgaben des Landes um etwa einen Viertel gekürzt werden mussten, bleibt der Verteidigungs- und Sicherheitssektor von den Sparmassnahmen unberührt. Das Land weist derzeit die höchste Kindersterblichkeit der Welt auf und gibt mehr Geld für Waffen als für Gesundheit und Bildung zusammen aus. Bei 24 Millionen Einwohnern verfügt Angola über etwa 107 000 Soldaten. Die Armee kann dabei selber, gestützt durch den seit 1979 im Amt waltenden Präsidenten, über grosse Teile ihres Budgets verfügen. Dies führt zu einer gewissen politischen Stabilität. Hauptlieferanten für die im Land verwendeten Rüstungsgüter sind Russland, Südafrika und Israel.

Nigeria

Apache-Helikopter für den Kampf gegen Boko Haram

Die USA verkaufen Apache-Kampfhelikopter für etwa 500 Millionen Dollar an Nigeria. Je nach Typ und Bewaffnung handelt es sich dabei um etwa zehn Exemplare neuester Bauart. Dem im Mai 2015 gewählten Präsidenten Muhammadu

Buhari gelang damit, was seinem Vorgänger verunmöglicht blieb. Er erhielt vom US-Präsidenten während eines kürzlich erfolgten Besuches in Washington die Zusage um Unterstützung gegen die islamistische Boko Haram Miliz. Grundsätzlich verbietet die amerikanische Justiz den Verkauf von gewissen Rüstungsgütern an Länder, in welchen Streitkräfte



Nigerianische Soldaten bei der Vereidigung des Präsidenten Muhammadu Buhari. Bild: AP Photo/Sunday Alamba

im grossen Stil gegen die Menschenrechte verstossen (Amnesty International beschuldigt die Nigerianische Armee, bis zu 8000 Zivilisten im Kampf gegen den Terrorismus umge-

bracht zu haben). Der US National Security Council entgegnet diesem Argument jedoch mit der Notwendigkeit, im Kampf gegen den Terrorismus zusammen mit geeigneten Part-

nern vorzugehen. Gemäss Einschätzung der Amerikaner verfügt Buhari über eine klar definierte Agenda, sowie den im eigenen Land nötigen Rückhalt für die Bekämpfung von Boko

Haram. Dieser amerikanische Strategiewechsel kommt fast zeitgleich mit der Entlassung und Neuubesetzung sämtlicher nigerianischen Teilstreitkräfte-Kommandanten durch Buhari.

Erratische koreanische Halbinsel

Südkorea hat Nordkorea zu einer internationalen Sicherheitskonferenz im September in Seoul eingeladen. Das teilte das südkoreanische Verteidigungsministerium mit. Die Konferenz findet seit 2012 jährlich statt. Nordkorea wurde nun zum ersten Mal eingeladen. Pjöngjang hat noch nicht geantwortet.

Bei der Konferenz ging es in den vergangenen Jahren um Fragen der regionalen und internationalen Sicherheitszusammenarbeit. Auch Themen wie Cyber-Sicherheit und das Atomprogramm des kommunistischen Nordens standen auf der Agenda. Südkorea

lud für dieses Jahr bereits 32 Länder ein, darunter die USA, China und Japan. Die Einladung Nordkoreas hat dabei symbolischen Charakter. Es handelt sich um das erste Mal, dass die südkoreanische Staatspräsidentin Park eine Öffnungsgeste gegenüber dem Norden macht.

Südkorea verfolgt eine aktive Sicherheits- und Aussenpolitik; fühlt es sich doch von drei potenziell antagonistischen Mächten unter Druck gesetzt.



Innerkoreanische Grenze bei Panmunjom.

Bild: Wikimedia

Die japanischen Kriegsverbrechen sind weder verziehen noch vergessen. Auch China, dem grössten Handelspartner, wird nicht blind vertraut. Und der Norden wird als Feind oder bestenfalls als Unsicherheitsfak-

tor angesehen. Südkorea und Nordkorea befinden sich formal im Kriegszustand, weshalb die Spannungen zwischen beiden Ländern hoch sind. So unternahm der Norden in diesem Jahr bereits mehrere Raketenstarts und reagierte damit nach eigenen Angaben auf gemeinsame Militärübungen des Südens mit den USA.

Doch Südkorea ist nicht nur an der eigenen Sicherheit interessiert. Dies selbstverständlich auch. Seoul will zudem die eigene Machtprojektion stärken. Als G20-Mitglied gehört das Land zu den aktiven aussenpolitischen Akteuren in Ost- und Zentralasien.

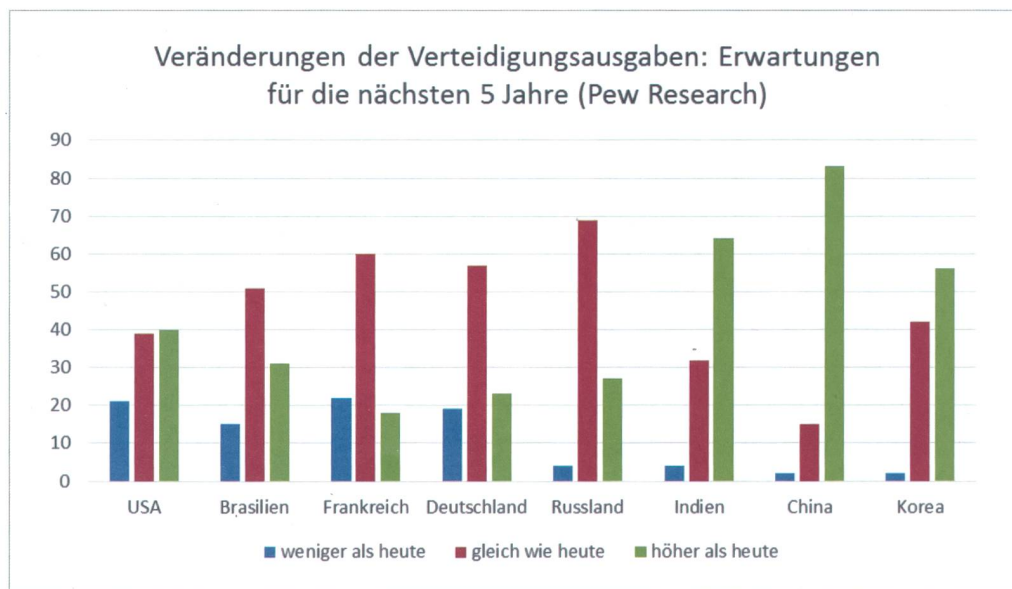
Rüstungsausgaben

Wie viel wird es sein?

Das Pew Research Center hat seine globale Umfrage zu den Erwartungen betreffend Rüstungsausgaben aktualisiert. Die Frage war: «Wie werden sich die Rüstungsausgaben in Ihrem Land in den nächsten fünf Jahren verändern? Bleiben sie gleich wie heute, werden sie erhöht oder werden sie abnehmen?» Die Resultate liegen vor. Überraschend sind sie nicht.

In Europa – hier exemplarisch Deutschland und Frankreich – rechnet die Mehrheit mit stabilen Verteidigungsausgaben. Nur jeweils etwa 20% der Befragten rechnet mit zunehmenden Ausgaben, etwa jeweils 20% rechnet mit reduzierten Ausgaben.

Weniger klar ist es in Brasilien und in Russland. Zwar rechnet in beiden Ländern eine



Erwartete Veränderungen in den Verteidigungsausgaben.

Grafik: ASMZ

Mehrheit der Befragten mit stabilen Ausgaben. Aber jeweils eine deutliche Minderheit ist der Meinung, dass die Verteidigungsausgaben steigen werden. In den USA halten sich

diese beiden Lager die Waage, aber immerhin halten um die 20% der Befragten eine Reduktion der Ausgaben für wahrscheinlich. In den asiatischen Ländern ist die Sache

klar: Deutliche Mehrheiten rechnen mit steigenden Verteidigungsausgaben.

Pascal Kohler,
Henrique Schneider